

# Dänemark

Catharina Sørensen

Die Entscheidung der EU, nach der Ablehnung des Verfassungsvertrags eine Denkpause einzulegen, traf in Dänemark auf offene Ohren. Da Dänemark gemeinsam mit Irland die inoffizielle EU-Rangliste der Volksabstimmungen anführt (beide sechs Abstimmungen), sah es sich vielleicht sogar in der Rolle, eine Vorbildfunktion bei der Initiierung öffentlicher EU-Debatten einnehmen zu müssen. Im Frühherbst 2005 wurden etwa 1,8 Mio. Euro bereitgestellt, um mithilfe einer groß angelegten Öffentlichkeitskampagne im Frühjahr 2006 eine nationale Debatte anzustoßen. Grundlage der Kampagne, der der Name „Agenda der Bürger“ gegeben wurde, war die Zusammenarbeit des Ausschusses für europäische Angelegenheiten des Parlaments mit einer Reihe europafreundlicher, neutraler und eher skeptischer Bewegungen.<sup>1</sup> Die Idee, die diesem Programm zugrunde lag, war die Vorstellung, dass sich die Diskussion um Europa idealerweise aus der Mitte der Bürgerschaft heraus entwickeln sollte. Die Regierung und die europafreundlichen Parteien waren deshalb mit detaillierten Darstellungen ihrer Position zur Zukunft Europas eher zurückhaltend. Nachdem die doppelte Abstimmungsniederlage zur Verschiebung des dänischen Referendums über den Verfassungsvertrag auf unbestimmte Zeit geführt hatte,<sup>2</sup> waren die Politiker sehr darum bemüht, die dänische Debatte nicht wie üblich in die Engführung auf ein bloßes Ja oder Nein münden zu lassen, sondern eine breitere Diskussion anzustoßen.

Um die Debatte etwas zu strukturieren, gab die Agenda der Bürger fünf möglichst offen formulierte Diskussionspunkte vor. Diese wiesen auf grenzüberschreitende Probleme hin, identifizierten die wichtigsten Probleme der EU und ihre möglichen Lösungen, diskutierten die Optionen, Erweiterung, Vertiefung und Legitimität miteinander zu vereinbaren, überlegten, wie die Bürgerbeteiligung gestärkt werden könnte und erörterten schließlich, wo die geographischen Grenzen der Union liegen würden. Die Fragen reflektieren im Großen und Ganzen die zentralen dänischen Bedenken gegenüber der EU. Trotzdem wurde von der rechtsgerichteten Dänischen Volkspartei der Vorwurf erhoben, die ganze Bedenkzeit solle nur dazu genutzt werden, die Dänen von den Vorzügen des Verfassungsvertrags zu überzeugen.

## Grenzüberschreitende Probleme

Der Kampf gegen Terrorismus, organisiertes Verbrechen und illegale Einwanderung sowie die Themen Lebensmittelsicherheit, Umweltschutz und Klimawandel sind die immer wiederkehrenden Punkte, die Dänemark als die transnationalen Probleme angibt, mit denen sich die EU in den kommenden Jahren beschäftigen sollte. Dänemark könnte die Passarelle-Klausel des Artikels akzeptieren, um die Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus und organisiertes Verbrechen zu verbessern – und dies obwohl ansonsten die Klausel

---

1 Übersetzt aus dem Englischen von Mariano Barbato.

Vgl. [www.citizensagenda.dk](http://www.citizensagenda.dk).

2 Siehe Fogh Rasmussen, Anders (2005): EU i arbejdstøjet, Sonderbeitrag Politiken, 27. September und seine Rede auf der „Europakonferenz 2006“, Frederiksdal, 19. Mai.

kaum zu den Lieblingsprojekten der Dänen gehört und die Ausweitung der dänischen Opting-outs im Bereich der Innen- und Justizpolitik mit sich bringen könnte.<sup>3</sup> Die dänische Regierung unterstützte darüber hinaus die aktive Rolle der EU im Nahen Osten und forderte eine grundsätzlich stärkere Präsenz der EU in den internationalen Beziehungen.<sup>4</sup> Auch hinsichtlich der Energiesicherheit bekundete die dänische Regierung ihre Unterstützung für eine stärkere Rolle der EU. Erneuerbare Energien werden als eines der Projekte betrachtet, mit denen die EU vitalen Interessen dienen könnte. Die Bereitschaft von Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen (Liberaler Partei) – trotz einer starken innenpolitischen Opposition gegen Kernkraft – auch über Atomenergie zu reden, zeigt, wie sehr ihm daran gelegen ist, dass die EU in energiepolitischen Fragen vorankommt.<sup>5</sup>

### Die wichtigsten Probleme der EU

In den letzten Jahren wurde die EU-Sicht von Ministerpräsident Rasmussen von einer Formel beherrscht: seinem Ruf nach einem „Europa der Resultate“. Zitat Rasmussen: „Wir müssen unseren Bürgern zeigen, dass es in der EU zuerst und vor allem um das Erzielen von Resultaten geht.“<sup>6</sup> Die offenkundige Unzufriedenheit der Öffentlichkeit, die im französischen und holländischen Nein zum Verfassungsvertrag unübersehbar wurde, wird als eine Kritik an der Problemlösungsfähigkeit der EU gedeutet. Außenminister Per Stig Møller (Konservative Partei) spricht in diesem Zusammenhang davon, dass die europäischen Bürger sich vom idealistischen Europa der Vergangenheit abgewandt haben und nun nach einem realistischen Europa für morgen suchen.<sup>7</sup> Die Sozialdemokraten und die Sozialliberalen teilen den Wunsch nach einer Konzentration auf konkrete Politikinitiativen in der EU.<sup>8</sup> Im Allgemeinen steht die disziplinierte Verfolgung der Lissabon-Agenda, besonders hinsichtlich der Forschungsförderung, und der traditionelle Ruf nach mehr Transparenz in der EU immer ganz oben auf der dänischen Prioritätenliste.

Obwohl die Umfragen seit einigen Jahren eine öffentliche Unterstützung für die Abschaffung von drei der vier dänischen Opting-outs signalisieren – nämlich bei der Verteidigung, der Innen- und Justizpolitik sowie der gemeinsamen Währung –, war die dänische Regierung nicht einmal versucht, auch nur eines davon zur Abstimmung in einem Referendum zu stellen.<sup>9</sup> Europafreundliche Bewegungen, wie die dänische Europäische Bewegung, haben die Regierung für ihre zu große Rücksichtnahme auf die europaskeptische Dänische Volkspartei – ihrer Mehrheitsbeschafferin im Parlament – und die daraus erwachsende restriktive Politik kritisiert. Auch vor dem Hintergrund der pragmatischen Sicht des Ministerpräsidenten hinsichtlich der Fortsetzung des Integrationsprozesses hat ihm der Vorsitzende der Europäischen Bewegung, Erik Boel, vorgeworfen, Europa keine Chance mehr zu geben.<sup>10</sup> Im Allge-

---

3 Vgl. u.a. die Rede von Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen vor Vertretern des Europäischen Parlaments in Kopenhagen am 30. Juni 2006.

4 Møller, Per Stig (2006): Nye perspektiver for EU, Sonderbeitrag Politiken, 23. Januar und Møller, Per Stig (2005): Working Even Closer: the EU, the United Nations and the Reform of the Security Council.

5 Lauritzen, Thomas and Thomas Flensburg (2006): De Store EU-projekters tid forbi, Interview with Anders Fogh Rasmussen, Politiken, 30. Januar.

6 Rede von Anders Fogh Rasmussen auf der oben erwähnten Konferenz von Vertretern des Europäischen Parlaments in Kopenhagen.

7 Møller, Per Stig (2006): op. cit. Vgl. auch die Rede von Per Stig Møller auf der CEPOS-Konferenz „A Free Market Vision for Europe“ in Kopenhagen, 9. September 2005.

8 Thorning-Schmidt, Helle (2006): En plan for tænkepauser, Rede auf der Europakonferenz, 19. Mai.

9 Die dänische Europäische Bewegung zitierte eine Greens-Umfrage: Nyt fra Bremerholm nr. 2002, 2. Juni 2006.

10 Boel, Erik (2006): Fogh vælger Europa fra, Politiken, 18. Juli.

meinen hat jedoch der langjährige Konsens über die grundsätzliche Linie der dänischen Europapolitik unter den europafreundlichen Parteien im dänischen Parlament gehalten.

### Die Diskussion um die Zukunft des Verfassungsvertrags

Die Frage nach der Zukunft des Verfassungsvertrags ist im letzten Jahr durch viele dänische EU-Debatten gegeistert.<sup>11</sup> Die dritte Frage, die zur Strukturierung des Diskussionsprozesses vorgelegt wurde, nimmt dieses Thema in der vielleicht offensten Form in die Agenda auf: Wie könnte eine Debatte über die Zukunft Europas und einen eventuellen neuen Vertrag verlaufen, um Erweiterung, Vertiefung und Legitimität sicherstellen zu können? Trotz dieser offenen Formulierung, scheint sich doch recht schnell ein relativ breiter Konsens unter den pro-europäischen Parteien im Parlament formiert zu haben. Insbesondere der Ministerpräsident hat bei mehreren Gelegenheiten die Version eines „Mini-Vertrags“ vorgeschlagen. Auf diese Weise gelang es ihm, einen Mittelweg einzuschlagen zwischen der Ausstellung des Totenscheins für die Verfassung und dem Beharren auf einer Ratifizierung. Der Mini-Vertrag, der selbstredend kürzer und weniger umfassend sein sollte als die aktuelle Version, würde nur einige Elemente des unglücklichen Verfassungsvertrags enthalten. Rasmussen nannte ausdrücklich den Vorschlag eines EU-Präsidenten, die Einführung der doppelten Mehrheit im Entscheidungsverfahren und die Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.<sup>12</sup> Zwischenzeitlich erklärte aber der Ministerpräsident auch, dass er dagegen sei, einfach irgend etwas intransparent für die Bürger neu zusammenzustellen. Außenminister Møller und der europapolitische Sprecher der Sozialdemokraten, Svend Auken, haben die Idee eines Mini-Vertrags unterstützt. Die Vorsitzende der Sozialdemokraten Helle Thorning Schmidt hat sich darüber hinaus dafür ausgesprochen, die vorliegende Verfassung von allen Symbolen, die nach Föderation klingen könnten, zu „reinigen“ (wie beispielsweise die Hymne oder Flagge).<sup>13</sup> Trotz dieses breiten Konsenses über einen Mini-Vertrag bleiben doch Unstimmigkeiten. Insbesondere die Vorstellung des Ministerpräsidenten, dass ein kürzerer Vertrag kein Referendum nötig mache, stieß auf Kritik. Diese Position wurde u.a. scharf von der linksgerichteten Einheitsliste, der „Volksbewegung gegen die EU“ und der Dänischen Volkspartei kritisiert. Grundsätzlich wurde debattiert, ob überhaupt einzelne Teile des Verfassungsvertrags herausgenommen werden könnten, ohne bei der Bevölkerung den Argwohn zu erzeugen, es solle etwas zurechtgebogen werden.

### Die Bürgerbeteiligung in der EU stärken

Die Stärkung der Bürgerbeteiligung in der EU und die Verbesserung des Zugangs der Bürger zu den EU-Institutionen steht seit Jahren auf der Prioritätenliste der Dänen. Dies rührt vor allem daher, dass seit der Ablehnung des Maastricht-Vertrags 1992 die europaskeptische Haltung der Dänen als eine Kritik am demokratischen Profil der EU interpretiert wird.<sup>14</sup> Dänische Vorschläge gehen dabei aber gewöhnlich nicht in Richtung eines gestärkten Europäischen Parlaments (obwohl Dänemark die größere Rolle, die die Verfassung diesem zuspricht, unterstützt) oder der Schaffung föderalistischeren Strukturen der Union, viel-

11 Vgl. auch den dänischen Beitrag zu EU-25 Watch Nr. 3 Juli 2006, Frage 1: <http://www.diis.dk/sw25637asp>.

12 Flensburg, Thomas und Thomas Lauritzen (2006): Fogh foreslår minitraktat, Politiken, 29. Januar.

13 Thorning-Schmidt, Helle (2005): Traktaten er død – samarbejdet lever, feature article, Politiken, 27. Juni.

14 Sørensen, Catharina (2006): Elsker, elsker ikke? Euroskepsis i forandring, DIIS dilemmapapir: [http://www.diis.dk/graphics/Publications/Andet2006/Dilemmapapirer/Elsker\\_elsker\\_ikke.pdf](http://www.diis.dk/graphics/Publications/Andet2006/Dilemmapapirer/Elsker_elsker_ikke.pdf).

mehr wirkt sich die dänische Argumentation für mehr Demokratie in der EU zu Lasten der supranationalen Teile aus. So hat der Ministerpräsident in letzter Zeit wiederholt eine größere Rolle für die nationalen Parlamente im Integrationsprozess eingefordert.<sup>15</sup>

### **Zukünftige Erweiterungen**

Die Frage nach den geographischen Grenzen der EU war vielleicht die sensibelste unter den fünf vorgeschlagenen Diskussionspunkten. Doch mit Ausnahme des Themas Türkei war die Debatte ruhig: Der Zeitplan für den Beitritt Bulgariens und Rumäniens und die anvisierten Erweiterungen auf dem Westlichen Balkan haben wenig Schlagzeilen erzeugt (die dänische Regierung lag bei diesen Themen weitgehend auf der allgemeinen Linie der EU). Mit Blick auf den zukünftigen Erweiterungsprozess im Allgemeinen und hinsichtlich der Türkei im Besonderen hat der Ministerpräsident seinen Ruf nach einem Europa der Resultate mit der Frage nach dem Tempo und der Ausdehnung der Erweiterung verbunden: „Es gibt keinen Zweifel, dass der Erweiterungsprozess fortgesetzt werden muss (...). Doch wenn dies klar gestellt ist, muss auch gesagt werden, dass es Grenzen bei der Frage gibt, wie schnell und wie weit die EU erweitert werden kann, wenn die EU weiterhin fähig sein soll, Lösungen zu den Herausforderungen beizutragen, vor denen Europa steht.“<sup>16</sup> Dennoch sprach er sich gegen die Einführung neuer Erweiterungskriterien aus.

### **Weitere Themen**

Auch der Karikaturenstreit muss erwähnt werden, den die unrühmlichen Mohammed-Karikaturen in einer dänischen Zeitung ausgelöst haben. Da dies kaum ein isoliertes Thema zwischen Dänemark und der muslimischen Welt war, kamen auch Fragen zur Rolle der EU als außenpolitischer Akteur auf. Während die konziliante Rolle, die der Hohe Repräsentant der EU Javier Solana auf seiner Reise durch den Nahen Osten übernahm, umstritten war (schließlich bestand die offizielle Linie durchweg darauf, sich nicht für die Zeitung zu entschuldigen), wiesen europafreundliche Kommentatoren darauf hin, wie gut es in solch turbulenten Zeiten sei, Teil der EU zu sein. Ein Kommentator hob jedoch hervor, dass Dänemark zwar viel Hilfe in praktischen Fragen des Konflikts von seinen Verbündeten und der EU erhalten hätte, die Unterstützung auf der moralischen Ebene aber wesentlich weniger eindeutig ausgefallen sei.<sup>17</sup>

Von Kopenhagen aus betrachtet steht das kommende EU-Jahr mindestens bis nächsten Sommer im Zeichen der Denkpause. Gegenwärtig ist es sehr unwahrscheinlich, dass die Dänen bis dahin die Verfassung ratifizieren oder ihre vier Opting-outs abschaffen werden. Die alte Weisheit „In der Ruhe liegt die Kraft“ hat nichts von ihrer Aktualität verloren.

### **Weiterführende Literatur**

Olsen, Gorm Rye/Pilegaard, Jess: The costs of non-Europe? Denmark and the common security and defence policy, in: *European Security* (Ilford), 14 (September 2005) 3, S. 339-360.

Sørensen, Catharina (2006): *Elsker, elsker ikke? Euroskepsis i forandring*, DIIS dilemmapapir: [http://www.diiis.dk/graphics/Publications/Andet2006/Dilemmapapirer/Elsker, elsker ikke.pdf](http://www.diiis.dk/graphics/Publications/Andet2006/Dilemmapapirer/Elsker,_elsker_ikke.pdf).

---

15 Rede von Anders Fogh Rasmussen auf der Konferenz der Vertreter des Europäischen Parlaments in Kopenhagen op. cit.

16 Ibid.

17 Ryborg, Ole (2006): *Konfliktkvoten er opbrugt*, Mandag Morgen, 27. März und Ryborg, Ole (2006): *Rigtige venner*, Mandag Morgen, 20. Februar.